

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan
am Donnerstag, dem 02.02.2017 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:50

Vorsitz

Stv. Jochen Sack

CDU-Fraktion

Stv. Nadine Bartz-Jetzki

Stv. Vincent Endereß

AM David Schmitz

Vertretung für AM Sven Groters

SPD-Fraktion

Stv. Uwe Elker

Stv. Marion Klaus

AM Yvonne Streicher

ab TOP 2.3

WLH-Fraktion

AM Anneli Schniewind

FDP-Fraktion

AM Thomas Kirchhoff

Schriftführer

Herr Dietmar Pantel

stimmberechtigte Mitglieder

AM Angelika Bachmann-Blumenrath

AM Hubert Gering

AM Martin Haesen

AM Dr. Reinhard Pech

AM Sabine Rother

Vertretung für AM Markus Knaup

beratende Mitglieder

AM Heinrich Beyll

Herr Peter Burek

AM Thomas Küppers

AM Renate Tappen

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

StOVR Doris Abel

VA Elke Fischer

Vertreter der Polizei

AM Kriminaloberkommissarin Nicole
Creutz

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Nicole Krengel

Herr Dominik Budych

Lucio Dröttboom

Der Vorsitzende Jochen Sack eröffnet um 17:00 Uhr die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der **Vorsitzende** eröffnet um 17:00 Uhr die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend erfolgt die Verpflichtung von Frau Bernhild Kurosinski (Stadtelternrat) als neues stellvertretendes beratendes Mitglied.

Stv. Vincent Endereß erklärt, dass im Hinblick auf die geänderte Tagesordnung zu mehreren Punkten noch keine Beratung in der CDU-Fraktion erfolgen konnte. Eine mögliche Beschlussfassung zu diesen Punkten sei daher erst in der Sondersitzung am 14.02.2017 möglich.

Öffentliche Sitzung

1./ Jugendfragestunde und Jugendparlament aktuell

Protokoll:

Jugendfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Jugendparlament aktuell

Die Vertreter des Jugendparlamentes Herr Dominik Budysh und Herr Lucio Dröttboom erklären, dass der Antrag auf Auszahlung von Sitzungsgeld für das JuPa unter den Delegierten diskutiert und befürwortet wird. Es werde auch einen eigenen Antrag des Jugendparlamentes hierzu geben.

Zum Thema Spielplatz im Haaner Bachtal habe das Jugendparlament Anwohner für den 13.02.2017 eingeladen, um dort gemeinsam nach einer für alle Seiten zufriedenstellenden Lösung zu suchen.

2./ Ergänzungen zur Kindergartenbedarfsplanung 2017/2018

2.1. Antrag zur Erweiterung der Einrichtung "Käthe-Kollwitzstraße" / Vorlage: 51/144/2017

Beschluss:

Über den TOP wird in der Sondersitzung am 14.02.2017 entschieden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2.1. Fortschreibung Kindergartenbedarfsplanung 2017/2018 1./ - Erweiterung der Einrichtung Käthe-Kollwitz-Straße Vorlage: 51/144/2017/1

Protokoll:

Die TOP 2.1 und 2.1.1 werden zusammen beraten.

Die **Verwaltung** weist darauf hin, dass es im Hinblick auf eine Warteliste von 117 Kindern einen dringenden Handlungsbedarf im Kindergartenjahr 2017/18 gebe. Nach interner Diskussion lege man hier einen positiven Beschlussvorschlag vor.

AM Thomas Kirchhoff fragt nach, wie viele Kinder auf der Warteliste unter drei Jahren seien. Die Verwaltung wird die genauen Zahlen zu Protokoll geben. Grundsätzlich schließe er sich dem Beschlussvorschlag an. Noch offen seien aber die notwendigen baulichen Veränderungen. Hier wünsche er sich eine Information zur Sondersitzung am 14.02.2017.

Antwort der Verwaltung zur Warteliste:

U3	80
Ü3	39
Gesamt	119

Stand: 01.03.2017

Für **AM Dr. Reinhard Pech** sei die Vorlage nicht stimmig. Aus seiner Sicht müsse mindestens eine Gruppe vom Typ III geschaffen werden, um auf den Bedarf zu reagieren. Aus Sicht des Trägers seien die geplanten Gruppen nachvollziehbar, da Gruppen vom Typ III durch die Kindpauschalen schlechter finanziert werden. Eine Gruppe vom Typ I schaffe 20 neue Plätze, während eine Gruppe vom Typ III 25 neue Plätze schaffe. Grundsätzlich stehe er hinter dem Beschlussvorschlag, er rege aber an, dass die Verwaltung nochmals mit dem Träger über die Gruppenstruktur ins Gespräch gehe, ob nicht doch noch eine andere Gruppenstruktur möglich sei.

Die **Verwaltung** erklärt, dass diese Maßnahme zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei, dass sie aber die Problemlage mildere. Die Alternative sei, dass es gar nichts gäbe. Es sei Sache des Trägers, welches Angebot er unterbreite.

AM Renate Tappen sieht in der Maßnahme nur eine Lösung der Problematik für dieses Jahr, nicht aber für längerfristig.

Laut **Stv. Vincent Endereß** sei die Gruppenstruktur nicht passend für die Situation. Auch er fragt nach, ob es nicht doch noch eine Möglichkeit gebe, den Träger dazu zu bewegen, eine Gruppe vom Typ III anzubieten. Die Verwaltung solle nochmals mit dem Träger über die Gruppenstruktur ins Gespräch gehen.

Stv. Uwe Elker sieht in der Maßnahme ebenfalls nur eine kurzfristige Lösung. 2018 werde die Stadt dann wieder vor dem gleichen Dilemma stehen. Er regt an, auch nochmals zu prüfen, ob es nicht Möglichkeiten zur Veränderung der Problematik dort gebe, wo die Stadt Träger sei.

Vors. Jochen Sack äußert Zweifel, da die Maßnahmen nicht den Fehlbedarf im Ü3 Bereich decken können. Er schließt sich der Frage an, ob nicht möglicherweise nochmals mit dem Träger zu verhandelt sei. Jetzt gehe es aber um das grundsätzliche Votum, ob das Angebot des Trägers zu nutzen sei.

Die **Verwaltung** sagt zu, nochmals mit dem Träger über die Gruppenstruktur zu sprechen. Das Feedback des Trägers werde dann in die Vorlage für die Sondersitzung am 14.02.2017 aufgenommen.

Beschluss:

Über den TOP wird in der Sondersitzung am 14.02.2017 entschieden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2.2. Sachstand zur städt. Kindertageseinrichtung "Alleezwerge"

/ Vorlage: 51/147/2017

Protokoll:

Die **Verwaltung** berichtet, dass nach Rücksprache mit dem Landesjugendamt der Betrieb der Einrichtung in der Alleestr. für weitere drei Jahre möglich wäre. Voraussetzung wären jedoch umfangreiche Sanierungsmaßnahmen. Grundsätzlich stelle die Betreuung in dem räumlich eingeschränkten Container für Eltern keine gute Alternative zur Betreuung ihrer Kinder dar. Der weitere Betrieb der Einrichtung sei kein Vorschlag der **Verwaltung**, sondern eine Option zur Reduzierung des Fehlbedarfes. Im Hinblick auf die Maßnahmen zum Haushaltsausgleich seien die Kosten für Sanierung, laufenden Betrieb und Personalkosten kritisch zu bewerten. Genauere Angaben hierzu könne die Verwaltung frühestens in der Sitzung am 14.02.2017 darstellen.

Für **Vors. Jochen Sack** stellen sich vor allem die fachlichen Fragen, ob es Sinn mache, für ein Provisorium zu werben. Es sei damit zu rechnen, dass ein solches Provisorium selbst in einer Notsituation unattraktiv sei und es zu wenig Anmeldungen gebe.

AM Thomas Kirchhoff erklärt, dass aus seiner Sicht die Einrichtung schon seit vielen Jahren eine Notlösung sei. Das Landesjugendamt habe eigentlich dringend eine Schließung angezeigt und daher solle der Betrieb auch nicht weiter verfolgt werden.

AM Anneli Schniewind sieht es auch als problematisch, dass die Leiterin der neuen

Einrichtung Am Bollenberg zusätzlich die Leitung der Einrichtung in der Allestr. übernehmen müsse.

Laut **AM Renate Tappen** könne die Gruppe nur laufen, wenn altershomogen nur Dreijährige aufgenommen werden.

Der weiterer Betrieb der Einrichtung Allestr. mache, so **Stv. Uwe Elker**, pädagogisch wenig Sinn. Die erforderlichen Finanzmittel sollen sinnvoller eingesetzt werden.

Die SPD sei daher gegen den Vorschlag.

Für den Stadtelternrat erklärt **AM Thomas Küppers**, dass die Option keine langfristige Lösung und daher kritisch zu sehen sei.

Beschluss:

Der JHA beschließt, die Einrichtung wie geplant am Ende des Kindergartenjahres zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.3. Standortvarianten zur Errichtung einer Kindertageseinrichtung in Unter- / haan

Vorlage: 61/160/2017

Protokoll:

Die **Verwaltung** weist darauf hin, dass im Hinblick auf den angestrebten Haushaltsausgleich sich die Problematik stelle, dass bisher für ein Neubauprojekt keine Mittel eingeplant seien.

Vors. Jochem Sack verweist auf ein Votum aus dem SUVA zugunsten der Bachstr. Ihm sei die Ohligser Str. lieber, dennoch komme auch die Bachstr. infrage. Angesichts der schnelleren Realisierbarkeit sei die GAL daher für die Bachstr.

Für **Stv. Uwe Elker** ist vor allem die Zeitschiene der Realisierbarkeit von Bedeutung. Die SPD positioniere sich daher für die Bachstr. Mit der Ohligser Str. habe man kein Problem, außer, dass die Zeitschiene schwierig sei. Bei dem Votum für die Bachstr. sei aber wichtig, dass die Einrichtungen von unterschiedlichen Trägern betrieben werden.

Für **AM Thomas Kirchhoff** ist die Konzentration von Kindergärten an einem Ort nicht der richtige Weg. Der Standort Ohligser Str. sei der vernünftiger.

Auch **AM Anneli Schniewind** äußert Zweifel an der Konzentration von Kindergärten an der Bachstr. Ein Einzugsgebiet um die Ohligser Str. erscheint ihr sinnvoller.

Stv. Vincent Endereß berichtet, dass ihm aus dem nichtöffentlichen Teil des SUVA ein Grundstück bekannt sei, das möglicherweise geeignet sei. Er möchte wissen, ob diese Option bereits von der Verwaltung geprüft worden sei.

*Da es sich um nichtöffentliche Sachverhalte handelt, wird dieser TOP weiter nichtöffentlich beraten. **AM Dr. Reinhard Pech** verlässt die Sitzung wegen einer möglichen*

Befangenheit.

Das Protokoll wird unten im nichtöffentlichen Teil weitergeführt.

Beschluss:

Der JHA beauftragt die Verwaltung, ergänzend zum SUVA-Beschluss zur Drucksachen Nr. 61/160/2017 vom 24.02.2017 die Standortvariante Erikaweg / Ohligser Str. (städtisches Grundstück) für die Sitzung am 14.02.2017 zu prüfen und zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

AM Dr. Reinhard Pech hat an der Beratung und Abstimmung **nicht** teilgenommen.

2.4. Standortvariante für eine mögliche Erweiterung

/ - hier: Antrag der AWO Kreis Mettmann vom 16.01.2017

Protokoll:

AM Anneli Schniewind zeigt sich grundsätzlich dankbar für das Angebot, allerdings sei für diesen Stadtbezirk die Diskussion bereits mit dem Ergebnis geführt worden, dass dort zurzeit kein weiteres Angebot notwendig sei.

Auch **Stv. Marion Klaus** erklärt, dass es sich generell um ein gutes Angebot handle, allerdings am falschen Standort. **Stv. Uwe Elker** weist darauf hin, dass man bereits bei der Diskussion um die Einrichtung am Bollenberg auf die Bremse getreten sei. Die Argumente gelten auch für das Bandenfeld. Vorrangig sollte Geld eingesetzt werden bezüglich der Fehlbedarfe in Haan West.

AM Thomas Kirchhoff schließt sich dieser Sicht an.

Stv. Vincent Endereß spricht sich für eine zeitnahe Prüfung aus, da dringend KiTa-Plätze benötigt werden, auch wenn Haan Ost nicht der ideale Standort sei. Er formuliert den u.a. Beschlussvorschlag.

Vors. Jochem Sack verweist darauf, dass man mit dem Vorschlag eine Option in der Hand habe, weshalb man zwar noch nicht in die konkrete Planung gehen, aber weiterhin mit dem Träger im Gespräch bleiben solle.

Die **Verwaltung** weist darauf hin, dass auch die Prüfung und eine Machbarkeitsstudie mit einer Mittelbereitstellung verbunden seien. Die Verwaltung kämpfe um jeden Euro und die Prüfung eines Standortes, die keine Perspektive habe, sei hinausgeworfenes Geld.

AM Dr. Reinhard Pech regt im Hinblick auf die Gesamtsituation, mindestens sechs Gruppen fehlen, Haushaltsmittel für die Vorplanung bereit zu stellen. Er fragt an, ob nicht Mittel aus dem Spielflächenleitplan hier umgeleitet werden können. Frau Abel (Amt 20) erläutert hierzu, dass diese Mittel bereits zurück gezogen wurden.

AM Thomas Küppers spricht sich für eine Prüfung aus, da bei dem massiven Platzbedarf jede Chance zu nutzen sei.

Beschluss:

Der JHA regt an, Planungsgelder für die Vorplanung einer Erweiterung der KiTa „Am Bandenfeld“ in Höhe von ca. 20.000,- € in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
4 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

3./ Vorstellung des Projekts Neubau KiTa der Privaten Kindergruppe

Protokoll:

Die Sitzung wird unterbrochen, in der Unterbrechung stellt Herr Müller vom Architekturbüro Schmale die Pläne vor.

3.1. Haushalt 2017
/ - Neubau KiTa Bachstraße/Zuschuss
Vorlage: 51/148/2017

Beschluss:

Der Förderverein Private Kindergruppe Haan e.V. erhält einen weiteren jährlichen Zuschuss für den Neubau der Kindertagesstätte Bachstr./Waldkindergarten in Höhe der jährlichen Bürgschaftsprovision von anfänglich voraussichtlich ca. 20.000 €, um die Voraussetzungen für die Kreditgewährung zu schaffen. Dieser Zuschuss ist mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4./ Statement der Interessengemeinschaft Kindertagespflege zur Betreuungssituation in Haan

Protokoll:

AM Renate Tappen fasst das Statement der Interessengemeinschaft zusammen. Dieses sei vor allem ein Appell an den Ausbau der Ü3 Plätze. Aus Sicht der Interessengemeinschaft seien Eltern durch die Warteliste verunsichert, was auch Auswir-

kungen auf die Tagespflege habe.

AM Thomas Küppers sieht den Bedarf ab ü3-Plätzen enorm. Die Eltern haben ein Wunsch- und Wahlrecht, das es ihnen erlaube, zwischen Tagespflege und Kindergarten zu entscheiden. Die Entscheidung für die Tagespflege dürfe nicht dazu führen, dass Kinder dann später keinen Kindergartenplatz mehr bekommen.

Vors. Jochem Sack erklärt, dass das Problem in der AG 78 angekommen sei und es nun Hausaufgaben gebe. Allerdings sei dieses Problem kein reines Haaner Problem. Nicht richtig sei, dass die Kindergärten den Tagespflegestellen bewusst Kinder abwerben

AM Anneli Schwiewind findet, dass die Formulierungen der Interessengemeinschaft schwierig seien für eine gute Zusammenarbeit zwischen der Tagespflege und den Kindergärten.

Beschluss:

Ohne Beschlussfassung

5./ Spielflächenleitplan - Haan 2025

Vorlage: 61/156/2017

Protokoll:

Vors. Jochem Sack verweist auf einen positiven Beschluss des SUVA. Grundsätzlich habe man dort dem Plan im Volumen von 150.000 € zugestimmt.

Die **Verwaltung** spricht sich dafür aus, die Mittel aus der Haushaltsplanung herauszunehmen, da noch keine konkreten Planungen vorliegen. Der Plan solle nicht in den Schubladen verschwinden, es gelte aber, 2017 Maßnahmen zu konkretisieren, die dann in den Haushalt 2018 einzubringen seien. Es sei dabei konkret zu benennen, welche Maßnahmen gewollt seien.

AM Dr. Reinhard Pech regt eine Priorisierung der Maßnahmen an.

Vors. Jochen Sack stellt die Bedeutung des Plans für einen längeren Zeitraum heraus. Priorisierungen in 2017 sollten nicht dazu führen, dass nur noch maßnahmenbezogen gedacht werde. Ein Plan ohne die damit verbundenen Mittel sei eine „Rolle rückwärts“.

Stv. Vincent Endereß weist auf zwei konkrete Maßnahmen hin. Für das Bachtal habe das Jugendparlament Gespräche mit den Anwohnern angekündigt. Da diese in der Sondersitzung vom 14.02.2017 vorgestellt werden, solle man die Ergebnisse noch abwarten. Der Spielplatz Hasenhaus in Gruiten weise nur einen unzureichenden Schutz vor Wind und Sonneneinstrahlung auf. Die CDU spreche sich hier für eine bessere Ausstattung aus, weshalb die Mittel bereit gestellt werden sollen. Für konkrete Maßnahmen seien aber keine 150.000 € in den Haushalt einzustellen. Hinsichtlich des Bachtals hofft **Stv. Uwe Elker** auf eine tragfähige Lösung, die zwischen Anwohnern und Jugendparlament angestrebt werde. Die Kosten für den Spielflächenleitplan wurden, so **Stv. Marion Klaus** aufgrund eines Gutachtens ermittelt und daran solle man sich nun auch halten. Haan lege Wert darauf, familienfreundlich zu sein, dazu gehören eben auch beispielbare Spielplätze. Einsparungen, die man durch Flächenstilllegungen mache, dürfen laut **Stv. Uwe Elker** nicht im Haushalt ver-

dampfen.

AM Thomas Kirchhoff verweist auf den GPA Bericht, demnach es Einsparmöglichkeiten im Bereich Spielplätze gebe. Grundsätzlich sei die FDP für den Spielflächenleitplan, die Mittel sollten bis zu einer Konkretisierung aber noch zurückgestellt werden.

Stv. Vincent Endereß fragt nach der Höhe der Erhaltungsgelder. Die **Verwaltung** sagt zu, diese zu Protokoll zu geben.

Antwort der Verwaltung:

Die Höhe der Erhaltungsgelder beläuft sich auf 25.000 €.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse des Spielflächenleitplanes umzusetzen und die dafür erforderlichen Haushaltsmittel nach vorheriger Priorisierung durch den JHA in die zukünftigen Haushaltsplanberatungen ab 2018 aufzunehmen.

Für das Jahr 2017 werden die notwendigen Mittel für Erhaltungsmaßnahmen freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6./ Prüfung einer Unterstützung / Begleitung des Jugendcafés, insbesondere im Hinblick auf personelle Unterstützungsmöglichkeiten und im Hinblick auf die Begleitung der Qualitätssicherung Vorlage: II/021/2017

Protokoll:

Der **Vors. Jochen Sack** erklärt, dass die Verwaltung mit der Vorlage die Fragestellung nicht zufriedenstellend beantwortet habe und gibt den TOP zur weiteren Bearbeitung zurück an die Verwaltung.

Beschluss:

Der TOP wurde zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zurück gegeben.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Haushaltsplanberatungen 2017 Vorlage: 20/048/2017

Protokoll:

AM Dr. Reinhard Pech merkt eine Diskrepanz zwischen Stellen und Personalkosten der Einrichtung am Bollenberg und der Allesstr. an. Die Anzahl des Personals im Zusammenhang mit den Personalkosten sei im Vergleich nicht nachvollziehbar. Die **Verwaltung** sagt eine Klärung zu.

AM Anneli Schniewind findet, dass hinsichtlich des Stellenplanes das Organigramm differenzierter sein sollte.

Die **Verwaltung** erklärt hierzu, dass das Organigramm lediglich die Grobstruktur wiedergebe. Differenzierter sei ein Geschäftsverteilungsplan, dieses Anliegen müsse aber an die Bürgermeisterin gerichtet werden.

Die geplante Neuorganisation des Amtes könne erst ab dem 01.05.2017 in Kraft treten, weshalb auch eine neue Geschäftsverteilung vor dem 01.05.2017 nicht möglich sei. Der Stellenplanentwurf 2017 gehe noch von der bestehenden Organisation aus, erst im Stellenplan 2018 könne die Neuorganisation erfasst werden. Der **Vors. Jochen Sack** kündigt an, für den JHA die Bürgermeisterin um die Erstellung eines Geschäftsverteilungsplans zu bitten.

AM Dr. Reinhard Pech fragt nach dem Veränderungsantrag Nr. 23 zum Haushaltsplanentwurf 2017 (Spielflächenleitplan). Die **Verwaltung** erklärt, dass dies in die Haushaltsplanberatungen 2018 komme.

Zu den TOP 7.1 und 7.2 erklärt **Stv. Vincent Endereß**, dass die Fraktion bisher keine Gelegenheit gehabt habe, sich über die Anträge zu beraten.

Beschluss:

Über den TOP wird in der Sondersitzung am 14.02.2017 entschieden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7.1. Sitzungsgeld Jugendparlament / - Antrag der WLH-Fraktion vom 23.01.2017

Protokoll:

AM Anneli Schniewind erklärt zunächst, dass die WLH Fraktion den Antrag zurückziehe, da man den Antrag des Jugendparlamentes, der noch folgen werde, unterstütze. Die **Verwaltung** weist darauf hin, dass ein Antrag des Jugendparlamentes bis spätestens kommenden Montag vorliegen müsse, da noch die Vorlage zu erstellen sei und die Zustellung für die Sondersitzung am Dienstag erfolge. Auf Hinweis von **Stv. Vincent Endereß**, dass jetzt nicht über den Antrag beraten werden könne, ziehe

die WLH Fraktion den Antrag zurück, bleibt es bei dem Antrag.

AM Thomas Kirchhoff erkennt die tolle Arbeit des Jugendparlamentes an, es handle sich dabei aber um ein Ehrenamt und es sei das falsche Signal, dieses mit Sitzungsgeldern zu verbinden. Zudem sei es ungerecht im Vergleich mit anderen Ehrenämtern, die Jugendliche übernehmen.

Vors. Jochen Sack erwidert hierzu, dass ja auch Kommunalpolitiker Sitzungsgelder für ihr Ehrenamt erhalten.

Für **AM Angelika Bachmann-Blumenrath** ist das Sitzungsgeld ein Zeichen für die Augenhöhe mit den Mitgliedern des Jugendparlamentes.

Beschluss:

Über den TOP wird in der Sondersitzung am 14.02.2017 entschieden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7.2. Erhöhung der Einstiegsstufe der Kindergartenbeiträge / - Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2017

Protokoll:

Stv. Marion Klaus erläutert zu dem Antrag, dass aus Sicht der SPD Bildungseinrichtungen kostenfrei sein sollten. Der Antrag sei als Weg dahin gedacht. **Stv. Vincent Endereß** stellt hier die Frage, welche Gegenfinanzierungsvorschläge es von der SPD gebe.

Aus Sicht der **Verwaltung** ist eine Verminderung der Erträge bis 2020 nicht gegenzufinanzieren.

Beschluss:

Über den TOP wird in der Sondersitzung am 14.02.2017 entschieden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der Flüchtlingskinder

Protokoll:

Die Verwaltung berichtet, dass es innerhalb der nächsten Wochen zu neuen Zuweisungen kommen werde, womit dann wieder die Quote des Königssteiner Schlüssels erfüllt wäre. Mit den Zuweisungen kommen auch Familien mit Kindern.

Eine Schulsozialarbeiterin aus dem Schulverwaltungsamt wird verstärkt zu dem Thema eingesetzt. Mit den Schulleitern/-leiterinnen und der Schulverwaltung sei man darauf eingestellt.

Mit den KiTa-Leitungen werde es im April/ Mai Gespräche über die neuen Zuweisungen geben.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

9./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Marion Klaus fragt, wie es mit einer Überbelegung in integrativen Gruppen aussehe. Die Verwaltung antwortet hierzu, dass ihr in integrativen Gruppen keine Überbelegung bekannt sei. Eine genaue Antwort wird mit dem Protokoll gegeben. (Anm.: Auch eine weitere Recherche hat ergeben, dass es keine Überbelegung in integrativen Gruppen gibt)

9.1. Interkommunaler Ausgleich bei der Betreuung von "gemeindefremden Kindern" / Kindern" -Anfrage der WLH-Fraktion vom 22.01.2017

Protokoll:

TOP 9.1 Interkommunaler Ausgleich bei der Betreuung von „gemeindefremden Kindern“ – Anfrage der WLH-Fraktion vom 22.01.2017

AM Dr. Reinhard Pech merkt an, dass den Ausschussmitgliedern die Anfrage nicht vorliege. Die **Verwaltung** sagt zu, sie mit dem Protokoll nachzureichen. Zu dem Vorgehen erläutert die Verwaltung, dass es nach §21 KIBIZ geregelt sei.

Demnach sei es so, dass die Eltern aus Haan auch nach der Haaner Satzung Beiträge zahlen müssen.

10./ Mitteilungen

10. Sachstand OGS

1./

Protokoll:

Die **Verwaltung** teilt mit, dass in der OGS Mittelhaan 15 Kinder unversorgt seien.
Freie Plätze gebe es aber noch in der Grundschule Am Bollenberg